



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Sahar Mohsenzada

Dienstag, 6. Februar 2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 8. Februar 2018

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: Graz als „Host City“ für die Olympischen Winterspiele 2026

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Vor dem Nightrace in Schladming hat Bürgermeister Siegfried Nagl bekundet, dass sich Graz als „Host City“ für die Olympischen Winterspiele 2026 bewerben solle. Es sollen Spiele „ohne Gigantomanie“ werden, wie immer wieder betont wird. Dass das möglich ist, muss bezweifelt werden. Auch Sie, Herr Dr. Riegler, meinten erst kürzlich, wir hätten keine freien budgetären Mittel für Olympia – auch nicht für eine Bewerbung. Daher verstehen sie meine Verwunderung, warum das jetzt anders sein soll. Was die finanzielle Beteiligung des Bundes betrifft, ist Sportminister HC Strache erstaunlich zurückhaltend. Finanz- und Sportlandesrat Anton Lang steht bislang auch auf der Bremse.

Innsbruck hat für die Olympia-Bewerbung bereits vor der Volksbefragung mehr als 700.000 Euro ausgegeben, zum einen für eine Machbarkeitsstudie, zum anderen für Promotionszwecke. Für die Bewerbung selbst waren 15 Millionen vorgesehen. Das gilt allgemein als unterste Grenze.

Bürgermeister Nagl meint, es sei möglich, mit 9 Millionen Euro Chancen auf den Zuschlag zu haben. Beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder in der Sozialpolitik heißt es immer, die Stadt könne sich das alles nicht leisten. Für einen Mega-Event sollen aber offenbar keine Kosten gescheut werden. Laut – niedrig angesetzter – Prognosen sollen die Olympischen Spiele 1,2 Mrd. Euro kosten. Damit wären die Ausgaben für das 2wöchige Event höher als die gesamten Ausgaben der Stadt Graz in einem ganzen Jahr.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Welche Finanzierungsstrategien sind seitens der Stadt Graz vorgesehen, einerseits kurzfristig, um die Kosten für die Bewerbung der Stadt Graz als „Host City“ für Olympia aufzubringen, aber auch langfristig, um die Ausgaben für die Olympischen Spiele 2026 zu bestreiten?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl. Mus. Christine Braunersreuther

06/02/2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 8. Februar 2018

An Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Internationale Beziehungen – Aktivitäten der Stadt Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

angesichts der zunehmenden Verunsicherung der Bevölkerung durch Kriege, die quasi in unsere Wohnzimmer vordringen, Krisen und Korruption, ist die Schaffung eines stabilen, friedlichen Umfelds in der Stadt, im Land und vor allem auf europäischer Ebene sehr wichtig. Ein Mittel, um freundschaftliche Kontakte zu anderen Städten und Ländern herzustellen und zu intensivieren, ist die Pflege internationaler Beziehungen. Ich bin mir sicher, dass die Stadt Graz und Sie in ihrer Rolle als Bürgermeister und Referatsverantwortlicher hier sehr viel unternehmen. Es wäre aber auch wichtig, dass diese Botschaft auch bei der Bevölkerung „draußen“ ankommt.

Für die KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich Ihnen daher folgende

Frage

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Zuständigkeit einen Bericht über die Aktivitäten der Stadt Graz zur Pflege und Verbesserung internationaler Beziehungen im Sinne des Motivenberichtes zu erstellen und diesen öffentlich zu präsentieren?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Dienstag, 6. Februar 2018

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 08. Februar 2018

An Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Bienenwaben-Tiefgarage am Eisernen Tor**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Im August des vergangenen Jahres haben Sie gemeinsam mit Arch. Strohecker Pläne für eine sog. Bienenwaben-Tiefgarage am Eisernen Tor vorgestellt. Gleichzeitig haben Sie angekündigt, Stellungnahmen von allen mit der Materie befassten Ämtern einzuholen und zu präsentieren. Die von Stadträtin Elke Kahr beauftragten Stellungnahmen von Straßenamt und Verkehrsplanung wurden bereits im Vorjahr eingeholt und dem Verkehrsausschuss vorgelegt.

Ausständig sind allerdings noch die Stellungnahmen des Stadtplanungsamtes und der Abteilung für Grünraum und Gewässer. Am 10. 1. 2018 berichtete die Kleine Zeitung: „Diese (die Stellungnahmen, Anm.) sind nun eingetroffen – und alle sind durchgängig negativ, wie es im Rathaus heißt.“

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage

Wie sieht das Ergebnis der Gesamtstellungnahme aus und wann und wo werden Sie dieses präsentieren?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 08. Februar 2018

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Volksbefragung - Olympische Winterspiele in Graz

Die Bürgermeister von Graz und Schladming haben bekanntgegeben, sich für die Olympischen Winterspiele 2026 bewerben zu wollen.

Ursprünglich wollte sich Tirol für diese Spiele bewerben, allerdings ging eine Abstimmung mit über 53 % gegen die Olympiabewerbung aus, in Innsbruck betrug die Ablehnung sogar über 67 Prozent. In den Jahren zuvor waren vergleichbare Abstimmungen beispielsweise in Graubünden (2013), München (2013), und Krakau (2014) ebenfalls negativ ausgegangen.

Die hohen Kosten für die Durchführung von Olympischen Spielen sowie die ökologischen und sozialen Folgen waren dabei wohl die entscheidenden Gründe für die Ablehnung.

Alleine die Bewerbung soll - so Bürgermeister Nagl - acht bis neun Millionen Euro kosten. Zum Vergleich: Innsbruck ging von 15 Millionen aus, die Westschweiz von über 20 Millionen. Diese Bewerbungskosten entstehen aber bereits jetzt, damit ist noch lange nicht gesagt, dass auch der Zuschlag erfolgt.

Auf deutlich über eine Milliarde Euro für Graz würden sich die Kosten bei der Durchführung von Olympischen Spielen belaufen. Dabei ist festzuhalten, dass ausnahmslos alle Olympischen Spiele letztlich wesentlich teurer waren als veranschlagt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat wolle beschließen: Das Präsidialamt des Magistrates Graz wird beauftragt, den Text für eine Volksbefragung gemäß § 155 des Steuermärkischen Volksrechtesgesetzes vorzubereiten und dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Die an die Bevölkerung zu richtende Frage soll wie folgt lauten: "Soll sich die Stadt Graz weiter dafür einsetzen, "Host City" (Gastgeberstadt) und Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2026 zu werden?"



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 8. Februar 2018

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Drohende Studienbeiträge für berufstätige Langzeitstudierende

Nach einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes läuft die Studienbeitrags-Befreiung für berufstätige Langzeitstudenten mit Juni dieses Jahres aus, falls sie vom Bildungsministerium bis dahin nicht repariert wird. Bereits im vergangenen Jahr hat die ÖH gemeinsam mit einer Rechtsanwaltskanzlei einen Vorschlag für einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der den verfassungsgemäßen Zustand wiederherstellen würde. Die Bundesregierung hat aber bereits angekündigt, die derzeit noch gültigen Bestimmungen auslaufen zu lassen, da in den nächsten Jahren ohnehin eine Neuregelung bei den Studienbeiträgen geplant sei.

Die aktuelle Regelung sieht vor, dass Studierende aus Österreich bzw. der EU innerhalb der Mindeststudienzeit plus zwei Semestern von der Zahlung von Studienbeiträgen befreit sind. Berufstätige Langzeitstudierende können einen Antrag auf Erlass der Studienbeiträge (363,36 Euro pro Semester) stellen, vorausgesetzt, sie können Einkünfte von mindestens des 14-fachen der Geringfügigkeitsgrenze (ca. 6000 Euro) nachweisen.

Das Auslaufen der Befreiung für berufstätige LangzeitstudentInnen hat – zu Recht – zu einem Diskussionsprozess der Verantwortlichen mehrerer Hochschulen in österreichischen Landeshauptstädten, so auch in Graz, geführt. Es wird nach Wegen gesucht, nach dieser für erwerbstätige Studierende fatalen Auswirkungen der VfGH-Entscheidung am Uni-Standort Graz eine gemeinsame Lösung für die Betroffenen zu finden, denn wer neben dem Studium arbeiten muss, hat es ohnehin schon schwer genug. „Diese Studenten/innen sind uns sehr wichtig und sollen auch weiterhin studieren können“, argumentierte kürzlich auch der Pressesprecher der Universität Graz, Andreas Schweiger. Fakt ist, dass sich viele Studierende in Graz mit Jobs bzw. Nebenjobs ihr Studium finanzieren. Eine Bestrafung, eine Sanktion seitens der Bundesregierung wäre wohl mehr als kontraproduktiv und kann auch nicht im Sinne zeitgemäßer Bildungspolitik sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

- 1. Die Stadt Graz richtet sich auf dem Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber, um den Erlass bzw. die Rückerstattung von Studienbeiträgen für berufstätige**

LangzeitstudentInnen beizubehalten und unterstützt damit die Grazer Hochschulen, RektorInnen und die ÖH in ihren Bemühungen.

2. Sollte eine Regelung auf gesetzlicher Ebene nicht gefunden werden, fordert die Stadt Graz die Verantwortlichen der Grazer Hochschulen auf, alternative Lösungen, beispielsweise einen Erlass bzw. eine Rückzahlung der Beiträge für Berufstätige oder andere lokale Lösungen für die Hochschulen am Standort Graz auszuarbeiten, damit die ab dem Wintersemester 2018/19 für berufstätige LangzeitstudentInnen drohenden Studienbeiträge nicht schlagend werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

8. Februar 2018

Antrag

Betrifft: Behindertenfreundliche „Einkaufshilfen“ für Grazer Geschäfte

Traiskirchen, NÖ, ist uns nicht gerade als „Hot Spot“ des Handels bekannt. Dennoch machen sich dort viele GeschäftsinhaberInnen die Mühe, wertschätzend – und ohne großen materiellen Aufwand – ein kleines, aber nicht unbedeutendes Serviceangebot für gebrechliche bzw. behinderte Bürgerinnen und Bürger in die Praxis umzusetzen.



Über Knopfdruck (siehe Bild) kann eine Person aus dem Geschäft angefordert werden, die Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen durchs Geschäft führt bzw. beim Einkaufen unterstützt.

Was in der rd. 20.000 Einwohner zählenden Stadt Traiskirchen zum „state of the art“ gehört, müsste doch auch in Graz, einem der wichtigsten österreichischen Kultur- und Tourismuszentren mit dem Anspruch, „behindertenfreundlich“ zu sein, ebenfalls in absehbarer Zeit verwirklicht sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen bei der Stadt Graz, insbesondere die Abteilung für Wirtschaft und Tourismus, setzen sich bei den Grazer Handels- und Tourismusbetrieben dafür ein, dass auch in den Grazer Geschäften künftig behindertenfreundliche „Einkaufshilfen“ zur Verfügung gestellt werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 08. Februar 2018

Antrag

Betrifft: Eintrittspreise Grazer Bäder

Die Bäder in Graz erfreuen sich auch im Winter allgemeiner Beliebtheit. Leider sind die regulären Eintrittspreise im Bad zu Sonne mit 4,30 für zwei Stunden und 6,60 für den ganzen Tag und in der Auster mit 5,40 für zwei Stunden und 7,60 für den ganzen Tag nicht unbedingt dem sportlichen Treiben förderlich.

Während es bei der Holding Graz Linien Ermäßigungen der Standardtickets um 38% bzw. 50% gibt, spotten die Ermäßigungen der Grazer Bäder jedem Vergleich. Im Bad zur Sonne bekommt man eine Ermäßigung von 0,20 bei einer Zweistundenkarte und 2,20 bei einer Tageskarte. In der Auster werden 0,80 für zwei Stunden und 0,90 für den ganzen Tag ermäßigt.

Weiters gibt es keine Möglichkeit während einer angebrochenen Saison vergünstigte Saisonkarten, Monatskarten oder Zehnerblöcke zu erwerben.

In Anbetracht auf die geplanten horrenden Ausgaben für die geplante Austragung von Olympia 2026, sollte zu zuvor in den Breitensport investiert werden, wovon die Grazerinnen und Grazer direkt und zielgenauer profitieren würden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Verantwortlichen der Stadt Graz und der Beteiligungsreferent mögen mit der Holding Graz Freizeit in Verhandlung treten, um eine Erhöhung der Ermäßigung, sowie einen entsprechenden 10er-Block oder Monatskarte für die Grazer Freibäder auszuarbeiten und umzusetzen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 8. Februar 2018

Abänderungsantrag

zu TO 1 mit der GZ A5 –005988/2018

Betrifft: SozialCard – Energiekostenzuschuss 2018

Die Tatsache, dass die Belastung von einkommensschwachen Haushalten in Graz durch steigende Energiekosten ein immer größer werdendes Risiko ist, war und soll auch weiterhin Anlass dafür sein, den Energiekostenzuschuss direkt für alle bezugsberechtigten SozialCardbezieherInnen zu gewähren. Eine gesonderte Beantragung würde dazu führen, dass bei einer nicht fristgerechten Antragstellung die Menschen, die sich bereits jetzt in einer schwierigen finanziellen Lage befinden, den Energiekostenzuschuss in der Höhe von derzeit 65,- Euro nicht mehr erhalten. Wer also die Frist versäumt oder die veränderten Auszahlungsmodalitäten der Stadt Graz nicht wahrgenommen hat, fällt somit um den aufgrund der persönlichen prekären Situation gerechtfertigten Bezug des Energiekostenzuschusses um. Als KPÖ lehnen wir somit die im vorliegenden Gemeinderatsstück geplante Veränderung ab, da sie Sparen am falschen Fleck ist.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag

- 1.) Der Gemeinderat erteilt die Aufwandsgenehmigung über 715.000,- Euro für den Energiekostenzuschuss auf der FiPos. 1.42910.403400 "Handelswaren, Brennstoffaktion" für das Jahr 2018.
- 2.) Der Energiekostenzuschuss für SozialCardinhaberInnen in Höhe von 65,- Euro pro Haushalt erfolgt wie bisher über eine Direktanweisung auf die jeweilige Kontoverbindung des bezugsberechtigten SozialCard-Haushaltes und muss nicht extra beantragt werden.
- 3.) Bezugsberechtigt sind im Jahr 2018 Haushalte, die am Stichtag 16. 3. 2018 zumindest eine gültige SozialCard besitzen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Sahar Mohsenzada

Donnerstag, 8. Februar 2018

Abänderungsantrag
zum Dringlichen Antrag der ÖVP & FPÖ

Betrifft: Olympische und Paraolympische Winterspiele Graz

Jede Medaille hat zwei Seiten. Darum sollten sowohl die Chancen als auch die Risiken berücksichtigt werden. Es wäre ja reichlich absurd, wenn beispielsweise die „Abteilung für Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz“ Terrorismusgefahren solcher Großveranstaltungen unter den Teppich kehren müsste, weil sie nur die positiven Aspekte erwähnen darf.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, den Antragstext wie folgt zu ändern:

Die sieben Mitglieder der Grazer Stadtregierung werden aufgefordert, gemeinsam mit den ihnen zugeteilten Ämtern sowie den Beteiligungen die Chancen und Risiken, die eine Bewerbung für die Olympischen und Paraolympischen Winterspiele 2026 durch Graz als Host City aus der jeweiligen Sicht mit sich bringt, schriftlich zusammenzufassen und dieses Resümee bis spätestens 9. März dieses Jahres an den Magistratsdirektor sowie den GemeinderätInnen zur Verfügung gestellt wird!



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 8. Februar 2018

Zusatzantrag

Betrifft:

**Dringlicher Antrag der Grünen-ALG von Klubobmann Karl Dreisiebner
„Einsetzung eines Gemeinderatsausschusses zum Zweck der Information und
begleitenden Kontrolle der Bemühungen der Stadt Graz um eine Bewerbung als Host
City für die Olympischen Spiele 2026“**

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich folgenden

Zusatzantrag

Der Antragstext wird um folgende Punkte 4. und 5. ergänzt:

- 4. Auf Basis der Ergebnisse des Gemeinderatsausschusses und vor der endgültigen Bewerbung soll die Abhaltung einer Volksbefragung überlegt werden.**
- 5. Der Stadtrechnungshof hat als unabhängige beratende Institution neben den betroffenen Fachämtern den Ausschuss bei seiner Entscheidungsfindung zu unterstützen und begleitet den Prozess als neutrale Instanz.**



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Horst Alic

Donnerstag, 8. Februar 2018

Zusatzantrag

Betrifft:

**Dringlicher Antrag der SPÖ von Gemeinderat Klubobmann Michael Ehmann
„Olympische Spiele 2026 – permanente Information und laufender Diskurs“**

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich folgenden

Zusatzantrag

Der Stadtrechnungshof hat als unabhängige beratende Institution neben den betroffenen Fachämtern den Ausschuss bei seiner Entscheidungsfindung zu unterstützen und begleitet den Prozess als neutrale Instanz.